

Gefahr nimmt weiter zu - die Altersvorsorge ist von zu vielen Seiten unter Druck.

«Den Pensionskassen und dem AHV-Fonds werden anlagepolitisch die Hände gebunden, viele Anlagen fallen ausser Betracht. »

Das ist eine neue Hiobsbotschaft für die Altersvorsorge: Die Renten aus der ersten und zweiten Säule sinken gemessen am letzten Lohn kontinuierlich. Das Pensionierungsbarometer des VZ Vermögenszentrums kommt zum Schluss, dass künftige Rentner weniger Rente erhalten als heutige. Die Ersatzquote, also die Rente gemessen am letzten Einkommen, droht unter 60% zu sinken, es entsteht eine Einkommenslücke. Es wird davon ausgegangen, dass mit einer Quote von 60% der bisherige Lebensstandard aufrechterhalten werden kann. Dabei sind die Renten aus der zweiten Säule stärker betroffen als jene aus der AHV.

Die wichtigsten Ursachen für diese Entwicklung sind die bekannten strukturellen Probleme der Altersvorsorge. Gemeint sind die extrem niedrigen Zinsen, die auf die Renditen der angelegten Gelder sowohl in den Pensionskassen wie auch der AHV drücken. Zudem die stetige Alterung der Bevölkerung und damit verbunden der viel zu hohe Umwandlungssatz in der beruflichen Vorsorge.

Obwohl diese Probleme nun wahrlich nicht neu sind, bemüht sich die Politik nicht ernsthaft darum, sie anzugehen. Die derzeit bei beiden Säulen hängigen Reformprojekte sind nicht geeignet, diese Probleme zu lösen – im Gegenteil, im schlimmeren Fall werden sie dadurch sogar noch verschärft.

Nun kommen noch zwei mehr oder weniger neue Aspekte hinzu. Seit geraumer Zeit schon wird auch im Bundesrat über die Notwendigkeit von nachhaltigen Finanzanlagen diskutiert. Das würde im äussersten Fall heissen, nur grüne Anlagen in Unternehmen, die die Umwelt weniger oder kaum belasten, dürfen noch vorgenommen werden. Damit würden die Anlagemöglichkeiten für Vorsorgegelder empfindlich eingeengt.

In dieselbe Richtung weist die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten», über die das Volk Ende November abstimmen wird. Finanzierungen von Unternehmen, die mehr als 5% des Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften – wie auch immer dieses genau definiert ist – würden verboten. Diese niedrige Quote führt zu einer Vielzahl betroffener Unternehmen.

Damit werden den Pensionskassen und dem AHV-Fonds anlagepolitisch die Hände gebunden, viele Anlagen fallen ausser Betracht. Da wird es immer schwieriger, vernünftige und vor allem notwendige Renditen zu erzielen, was sich wiederum negativ auf die Renten auswirkt – der berühmte dritte Beitragszahler verliert an Bedeutung.

Während sich die Politik standhaft weigert, die strukturellen Probleme der Altersvorsorge – Rentenalter – seriös anzupacken, kommt diese nun auch noch anlageseitig unter Druck. So ist absehbar, dass die Einkommenslücke tendenziell wächst. Eher früher als später wird dann der Staat als Financier einspringen und sich entsprechend verschulden müssen – zu Lasten des Steuerzahlers natürlich. Beide Varianten gefährden letztlich die Altersvorsorge. Das ist ein Spiel mit dem Feuer.

Quelle: Ein Kommentar von FuW-Redaktor Peter Morf -5.10.2020

<https://www.fuw.ch/article/gefahr-nimmt-weiter-zu/>